

Antrag P09: Start einer Kampagne „Inklusion - geht mich nichts an!?“

Antragsteller*in:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Ausgehend von einem weiten Inklusionsverständnis startet die Partei eine zunächst
- 2 interne Kampagne zur Fragestellung „Inklusion - geht mich nichts an!“. Ziel dieser
- 3 Kampagne ist die weitere Aufklärung und stärkere Sensibilisierung der Mitglieder
- 4 unserer Partei und darüber hinaus für das Thema Inklusion in Form von
- 5 Videobotschaften und anderen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen. Dabei soll das
- 6 Verbindende, die gemeinsamen Schnittpunkte all derjenigen aufgezeigt werden, die von
- 7 Teilhabe ausgeschlossen werden. Und es soll verdeutlicht werden, dass
- 8 Barrierefreiheit allen Menschen nutzt.
- 9 Zur Umsetzung dieses Ziels wird eine beim Parteivorstand angesiedelte Arbeitsgruppe
- 10 von etwa acht bis zehn Genoss:innen gebildet, bestehend aus Mitgliedern der AG
- 11 Teilhabe, der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, weiterer
- 12 Bundesarbeitsgemeinschaften und am Thema Interessierter sowie des Bundesausschusses.
- 13 Die Arbeitsgruppe organisiert und koordiniert diese Kampagne und erarbeitet einen
- 14 Kampagnenplan mit konkreten Aktivitäten, einer Zeitschiene und Verantwortlichkeiten.
- 15 Sie verknüpft das Thema Inklusion mit anderen Themenkomplexen (Frieden, Rassismus,
- 16 ÖPNV, Wohnen, Gesundheit und Pflege, Bildung, Senioren- und Queerpolitik usw.) und
- 17 arbeitet dafür eng mit den Bundesarbeitsgemeinschaften und anderen Gremien zusammen.
- 18 Bezüglich der finanziellen Ausgestaltung dieser Kampagne verständigt sich die
- 19 Arbeitsgruppe nach Fertigstellung des Kampagnenplans mit dem Parteivorstand und dem
- 20 Bundesschatzmeister und führt eine Einigung herbei.

Begründung

Inklusion ist für uns als LINKE der Gegenentwurf zu sozialer Spaltung; zu Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung, ein tiefgreifender Prozess zum Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten und Barrieren, der sich auf all die Menschen bezieht, die von Teilhabe ausgeschlossen werden - aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechtes, aufgrund von Armut, ihrer körperlichen Verfassung, ihres Alters, besonderer Lernbedürfnisse oder anderer Merkmale.

Wir wollen das Thema Inklusion stärker als bisher in den Fokus unserer Partei rücken und dafür nutzen, an der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft Kritik zu üben, Alternativen für mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aufzuzeigen und konkrete Vorschläge für eine aktive politische Mitgestaltung aller Menschen abzuleiten.

weitere Antragsteller*innen

Margit Glasow (Bundesinklusionsbeauftragte), Dr. Ilja Seifert (Mitglied im Parteivorstand), Utz Mörbe (Landesinklusionsbeauftragter Baden-Württemberg), Jörg Bechtold, Sonja Kemnitz, Dr. Karsten Lippmann, Rolf Kohn, Lara Basten, Bodo Frenzel, Hans-Dieter Sill, Waltraud Tegge, Stine Rummel-Strebelow, Angelika Klein, Judith Linde-Kleiner, Uwe Loos, Gerald Kemski-Lilleike